

So geht es den steirischen LehrerInnen!

Ergebnisse einer steiermarkweiten Umfrage über
die Befindlichkeit der PflichtschullehrerInnen sowie
ihre Meinung zu aktuellen schulpolitischen Fragen

→ Ingrid PÖTL

Zentralausschuss der steirischen
PflichtschullehrerInnen
Mandellstraße 38/II, 8010 GRAZ

Tel.: 0316 / 83 27 17
0676 / 866 60194

e-mail: vs-stiwoll@gmx.at

→ Friedrich JAKI

Zentralausschuss der steirischen
PflichtschullehrerInnen
Mandellstraße 38/II, 8010 GRAZ

Tel.: 0316 / 83 27 17 (Fax DW 50
0676 / 866 60195)

e-mail: fjaki@members.at

→ Walter ZACH

Stellvertretender Vorsitzender
der Landesektion
VS Schillerstraße MUCO, 8750 Voitsberg

Tel.: 031 42 / 22 0 13
0699 / 107 28 139

e-mail: w.u.zach@aon.at



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen

Die sozialdemokratische Fraktion im Zentralausschuss der Personalvertretung der PflichtschullehrerInnen in der Steiermark hat in der Zeit vom 2. – 28. Mai 2008 eine Befragung der steirischen PflichtschullehrerInnen mittels Fragebogen durchgeführt.

An 9178 KollegInnen wurde per Post ein vierseitiger Fragebogen zugestellt, der mittels anonymem Rücksendekouvert retourniert werden konnte. Die Rücksendung von 1352 Fragebögen entspricht einer Beteiligung von 14,7%.

Der Fragebogen enthielt Fragen zur persönlichen Befindlichkeit der LehrerInnen und zu ihrer Meinung zu aktuellen schulpolitischen Fragen als auch zu ihrer Haltung gegenüber der Personalvertretung.

Die Verteilung der ausgewerteten Fragebögen entspricht der tatsächlichen Verteilung nach dem Geschlecht, dem Alter, dem Schulbezirk, der Schultype in der Steiermark, sodass dieser Umfrage eine hohe Aussagekraft zukommt.

Ergebnisse

77,4% sind mit den derzeitigen Rahmenbedingungen wenig bzw. nicht zufrieden.

Den **größten Handlungsbedarf** sehen die PflichtschullehrerInnen in folgenden Punkten:

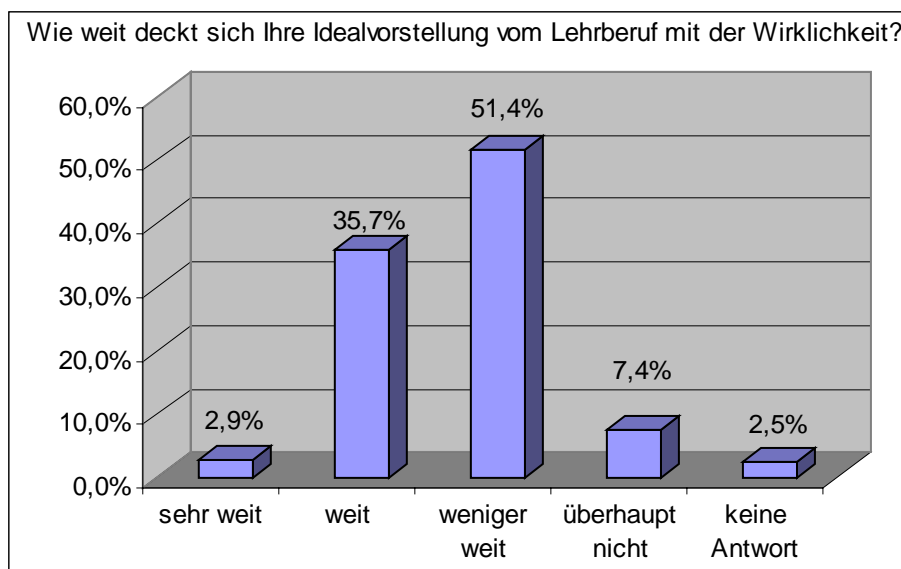
- Mehr Ressourcen durch Erhöhung der Zahl der Dienstposten für
 - eine qualitativ hochwertige Integration von SchülerInnen mit besonderen Bedürfnissen (verhaltensauffällige Kinder, Kinder mit körperlichen und geistigen Defiziten, Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache)
 - die Vertretung von KollegInnen im Fall von Krankheit oder Fortbildung
 - eine Ausweitung des schulischen Angebots
 - Erhöhung der Unterrichtsqualität in Richtung Individualisierung und Differenzierung
- Unterstützung im Umgang mit schwierigen Schülern,
 - einerseits durch Beistellung außerschulischer Fachkräfte und

- andererseits durch die Bereitstellung wirksamer Erziehungsmittel und
- eine verstärkte Einbindung der Eltern in eine gemeinsame Erziehungsarbeit
- Für ihre Arbeit nicht förderlich empfinden die LehrerInnen die mangelnde mediale Unterstützung ihres Berufsstandes und der ihrer Meinung nach unterschätzte Stellenwert dieser Berufsgruppe in unserer Gesellschaft.

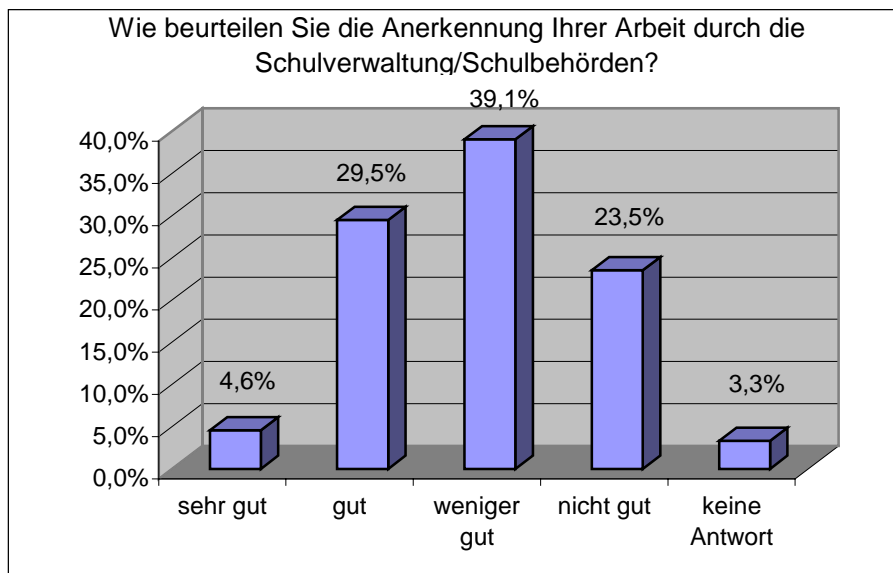
Die gemeinsame Arbeit und der Erfahrungstausch mit den KollegInnen wird als größte **Unterstützung** wahrgenommen, ebenso kommt den SchulleiterInnen, sofern sie verständnis- und vertrauensvoll, kompetent und unterstützend agieren, zentrale Bedeutung zu. Die Arbeit mit den Kindern, sowie positive Rückmeldungen von Eltern, Schülern, KollegInnen und Vorgesetzten werden als bereichernd empfunden. Fort- und Weiterbildung und die durch die Berufsjahre erworbene eigene Kompetenz unterstützen die KollegInnen in ihrer täglichen Arbeit.

Erschwert wird die Tätigkeit der LehrerInnen durch nicht zur Zusammenarbeit bereite Eltern und die stark zunehmende Erziehungsarbeit. Steigende bürokratische und administrative Aufgaben im Zusammenhang mit zu geringen Ressourcen belasten die PädagogInnen. Zitat: *“Manchmal investiert man mehr in das Produzieren von Papieren als für die Unterrichtsvorbereitung!”*

Die Frage „Wie weit deckt sich Ihre Idealvorstellung vom Lehrberuf mit der Wirklichkeit?“ wurde folgend beantwortet:



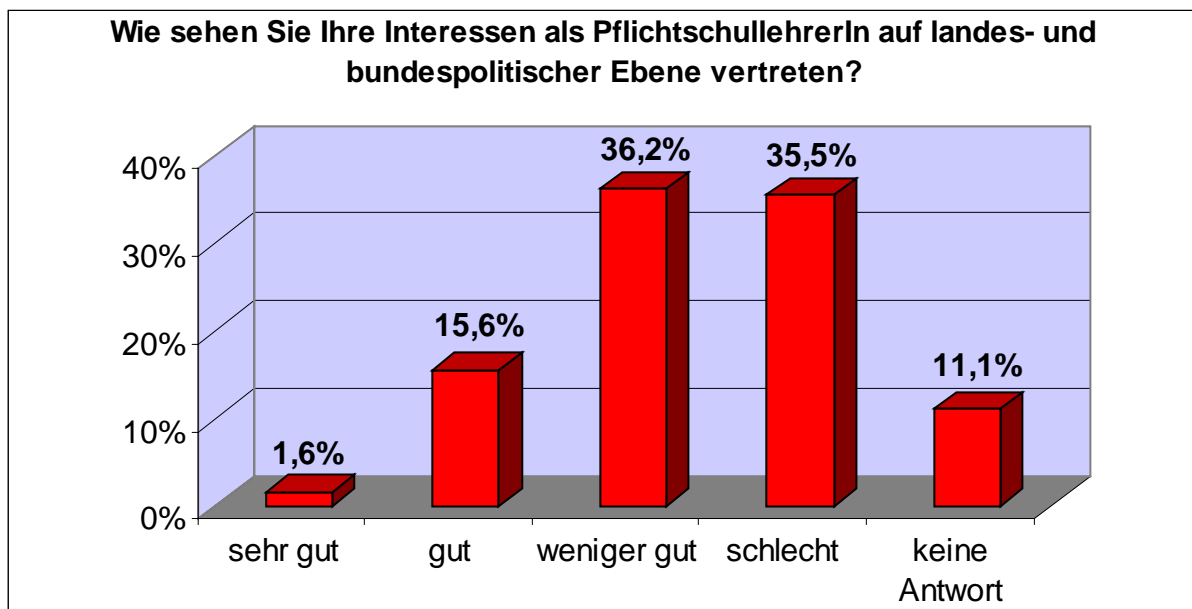
Sehr kritisch wird auch die Rolle der Schulverwaltung gesehen.



Sehr differenziert wurde die Frage nach einer **leistungsorientierten Bezahlung** von LehrerInnen beurteilt. Hier halten sich die Ja- und Nein-Antworten die Waage.

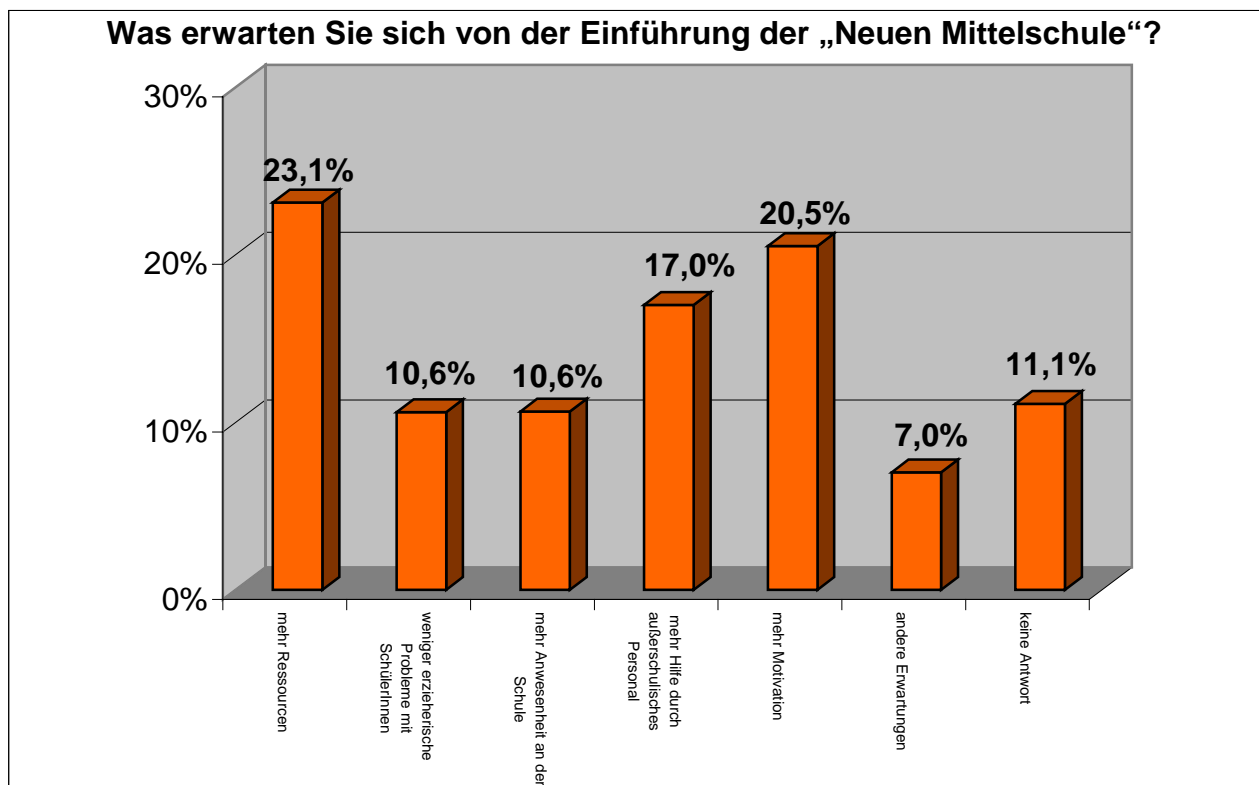
Über 85% der KollegInnen gaben an, dass sie mehr als die gesetzlich vorgeschriebenen 15 Stunden **Fortbildung** besuchen.

Absolut im Stich gelassen fühlen sich die PädagogInnen von der **Politik**, 64% wollten oder konnten keine Partei nennen, die ihre Interessen auf Landes- bzw. Bundesebene vertritt.



Im Bereich der **Schule der 10- bis 15-jährigen** orten mehr als 60% aller KollegInnen dringenden Handlungsbedarf. Sehr kritisch stehen die PflichtschullehrerInnen der Einführung der „**Neuen Mittelschule**“ gegenüber. Aus der Erfahrung der letzten

Jahre wird befürchtet, dass die besseren Versuchsbedingungen nicht ins Regelschulwesen übernommen werden. Bemängelt wird auch das Fehlen einer AHS in den Versuchsregionen.



Zwar begrüßt nur eine Minderheit von 39% der LehrerInnen die **Einführung ganztägiger Schulformen**, dennoch wären 53% bereit in einer derartigen Schulform zu unterrichten. Dieses zwiespältige Ergebnis erklärt sich aus dem Wunsch von LehrerInnen in ihrer Rolle als Eltern ihre Kinder am Nachmittag zu Hause selbst zu erziehen, wiewohl man die Notwendigkeit dieses gesellschaftlichen Angebots für richtig hält. Als unerlässliche Voraussetzung für das Funktionieren ganztägiger Schulen wird ein entsprechendes räumliches Angebot und eine zeitgemäße Ausstattung der Arbeitsplätze für SchülerInnen und LehrerInnen angesehen.